



WILLI-EICHLER-
AKADEMIE e.V.

Gert Weisskirchen

IMPULSE

GESCHICHTE AM WENDEPUNKT – EUROPA IM VIERTEN
JAHRZEHNT NACH DEN FREIHEITSREVOLUTIONEN
1989/90

Der unaufhaltsame Abstieg des
Vladimir Vladimirowitsch Putin.

AUGUST 2022

WWW.WEB-KOELN.DE

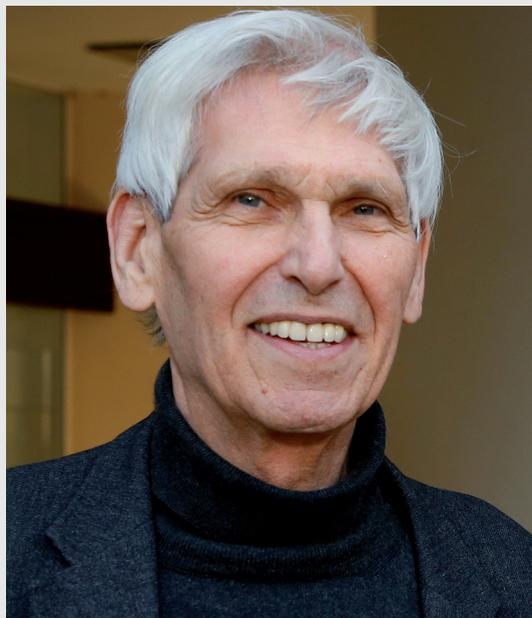
12

Der unaufhaltsame Abstieg des Vladimir Vladimirowitsch Putin.

In unserem „Europäischen Salon“ sind wir mit **Gert Weisskirchen**, emeritierter Professor und ehemaliger außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Alexander Formozov, in Berlin lebender Koordinator von zivilgesellschaftlichen und Bildungsprojekten mit/in Mittel- und Osteuropa und Anja Linnekugel, Referentin bei der Bundeszentrale für politische Bildung, unter der Moderation von Hendrik Küpper im Rahmen unseres Projektes „Transformation der Erinnerung – Transformation der Aufarbeitung“ der Frage nachgegangen, wo Europa im vierten Jahrzehnt nach den Freiheitsrevolutionen 1989/90 und angesichts des Krieges in Europa heute steht.

Die Zeitenwende durch den Überfall auf die Ukraine am 24.02.2022 ist ein historischer Einschnitt in eine – bis dato gefühlt erstaunliche friedliche – Welt. Wir wissen nicht, was aus diesem historischen Einschnitt folgen wird, die Ängste und Ungewissheiten sind groß. In jedem Fall aber ist das Resultat eine tiefe Erschütterung und Infragestellung von vertrauten Gewissheiten, die so selbstverständlich waren.

Wenn wir den Blick auf die historischen Situationen richten und konkret die gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Folgewirkungen in den Fokus nehmen, uns mit den Folgen der Spaltung auseinandersetzen, den Erschütterungen, Revolutionen und Veränderungen der letzten 30 Jahre nachspüren, dem Krieg in der Ukraine, wo stehen wir heute? Die rechtsstaatliche, pluralistische Demokratie steht demnach vor enormen Herausforderungen. Ob und wie wir diese bewältigen, wirkt sich auf den großen Antagonismus unserer



Zeit aus: Es geht um Demokratie versus Autokratie. Der Abend wurde eröffnet mit einem Vortrag „Der unaufhaltsame Abstieg des Vladimir Vladimirowitsch Putin“ von Gert Weisskirchen, den wir als Beitrag in den Impulseheften dokumentieren.

Gert Weisskirchen (*1944), war Professor für Sozialpädagogik an der FH Wiesbaden, von 1976 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, war persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus.

Zuerst erschienen in [perspektivends 39. Jg. 2022/Heft 1](#)



Gert Weisskirchen

Der unaufhaltsame Abstieg des Vladimir Vladimirowitsch Putin

Das hatte er geplant: Russland sollte wieder aufsteigen. Die Sammlung der Russischen Erde würde unter der Verheißung des „Ruski Mir“ eine einheitliche Gestalt annehmen. Ein neues Russland könnte so entstehen, eines, das alle Russisch Sprechenden in sich versammelt: Nowo Rossija. Es werde der Europäischen Union überlegen sein und den USA als Widerpart ebenbürtig. Der transatlantische Westen sollte abstürzen, angefeuert vom Fanal der von Putin befohlenen militärischen ‚Spezialoperation‘. Der Zerfall des transatlantischen Westens schreite ohnehin unaufhaltsam fort. Seine inneren Konflikte trieben ihn in den bevorstehenden gesellschaftlichen Zusammenbruch. **Militärisch sei er wehrlos, Werte trage er nur nach Außen zur Schau oder setze sie als rhetorische Waffe ein, um andere zu demütigen. In seinem Inneren sei der Westen leer, die liberale Demokratie Schein, reif zum unaufhaltsamen Abstieg, beschleunigt durch die Neuentdeckung eines imperialen eurasischen Denkens, panslawisch aktiviert.**

Damit Russland neu aufersteht, musste Ukraine als Mittel zum Zweck dienen. Belarus sollte Lukaschenka dem Autokraten im Kreml untertan machen. Auch deshalb musste die belarussische demokratische Revolution mit militärischer Gewalt aufgehalten werden. Wie aber konnte ein militärischer Überfall auf die Ukraine begründet werden? Die Kiewer Rus hatte das kulturelle und religiöse Fundament gefestigt, das sich später Moskau

aneignete. Tausend Jahre nach der Blütezeit von Wladimir dem Großen, der die ersten Formen einer ukrainischen Staatlichkeit geschaffen hatte, entschieden sich über 90 Prozent aller Ukrainerinnen und Ukrainer in einer freien, gleichen, fairen und demokratischen Volksabstimmung für die staatliche Unabhängigkeit. Die Souveränität der Ukraine wurde im Budapester Memorandum von 1994 von den USA, Russland und Großbritannien anerkannt und zugleich die existierenden ukrainischen Grenzen respektiert. Mit der Unterzeichnung des Memorandums verzichtete die Ukraine auf Atomwaffen – 176 strategische und über 2.500 taktische. Bis zu diesem Zeitpunkt war in der Ukraine das drittgrößte Arsenal weltweit stationiert. Zwanzig Jahre später annektierte Putin 2014 die Krim und beförderte in der Ostukraine Militärationen, die darauf zielten, die Integrität der Ukraine zu zerstören.

Zu Beginn der Präsidentschaft von Wolodymyr Selenskyi im Mai 2019 schien es zunächst, als könnten Moskau und Kiew sich annähern, galt doch das frisch gewählte ukrainische Staatsoberhaupt als freundlich gegenüber Russland eingestellt. Schließlich war das Russische seine Muttersprache. Präsident Putin schätzte ihn wohl als schauspielerndes Leichtgewicht ein. Er schien von der Obsession getrieben, die Zeit für eine tiefgreifende Revision sei gekommen. Im Juli 2021 veröffentlichte er einen Text „Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer.“ Die Spur ist gelegt, die zu einer geschichtspolitischen Feinderklärung taugt. Eine antirussische Politik habe sich in der Ukraine durchgesetzt, eine „Politik einer gewaltsamen Assimilation, der Schaffung eines ethnisch sauberen ukraini-

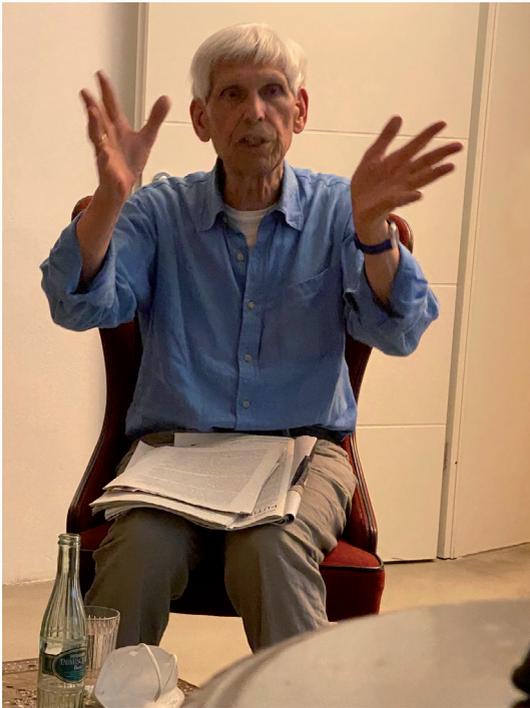
schen Staates, die sich aggressiv gegen Russland richtet, ... vergleichbar mit ... dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen uns.“¹ „Echte Souveränität (kann) die Ukraine ... nur in Partnerschaft mit Russland erreichen. ... Unsere Verwandtschaft ... lebt in den Herzen und im Gedächtnis der Menschen im heutigen Russland und in der Ukraine, in Gestalt der Blutsbande ... Gemeinsam waren wir schon immer um ein Vielfaches stärker und erfolgreicher und werden es auch in Zukunft sein. Schließlich sind wir ein Volk.“²

Nach Monaten der Täuschungen kündigte der Präsident Russlands am 24. Februar 2022 an, Ziel der russischen Spezialoperationen „ist es, die Menschen zu schützen, die acht Jahre lang vom Kiewer Regime misshandelt und ermordet wurden. Zu diesem Zweck werden wir versuchen, die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren.“³ Sekunden zuvor sprach Putin „das Problem“ an, „dass auf den an uns angrenzenden Gebieten – ich betone, auf unseren eigenen historischen Gebieten – ein uns feindlich gesinntes Anti-Russland geschaffen wird, das unter vollständige Kontrolle von außen gestellt wurde, von den Streitkräften der NATO-Länder intensiv besiedelt und mit den neuesten Waffen vollgepumpt wird.“⁴ In Kiew regiere eine „volksfeindliche Junta, die die Ukraine ausplündert.“⁵ Grundlage der russischen Politik sei „Freiheit, und dieses Recht sollte jeder genießen können, auch die Einwohner der Ukraine.“⁶ Russland, so Putin weiter „kann sich nicht sicher fühlen, sich nicht entwickeln und nicht existieren, wenn es ständig von der Ukraine bedroht wird.“⁷ Die Erklärung des russischen Präsidenten schließt mit einer Drohung an die, die versuchen sich „einzumischen ... uns zu behindern ... (der) muss wissen, dass die Antwort Russlands sofort erfolgen ... wird, die Sie in Ihrer Geschichte noch nie erlebt haben. ... Ich hoffe, dass ich gehört werde.“⁸ Putin nennt den Westen ein „Lügnimperium“ und ihr „Herzstück“ sei „rohe, unmittelbare Gewalt.“ Er wendet sich an die Bürger Russlands, ihre „Wertekultur“, denn „sie und ich wissen, dass die wahre Macht in der Gerechtigkeit und Wahrheit liegt, die auf unserer Seite sind.“⁹

Putins Doktrin hatte sich lange angekündigt. 1990 war die historische Phase der Politik der Entspannung mit der Charta von Paris glanzvoll zu Ende gegangen. Auch die Grundakte zwischen NATO und Russland 1997 hatte es nicht vermocht, die Rebellion zu besänftigen, die in Russland auf eine geopolitische Revision hinarbeiteten.

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts hatte Putin seine Macht im Innern gefestigt. **Eine neue Rolle Russlands in der Welt war zu entwerfen, die an die frühere Dominanz der Supermacht Sowjetunion anknüpfen sollte.** Einkreisungsgängste konnten mobilisiert werden. In sie konnten vorgestellte Bedrohungen projiziert werden als Resonanzboden für das selbstkonstruierte Argument, Russland reklamieren für sich das Recht, in die Entscheidungen der früheren Sowjetrepubliken einzugreifen. Sergey Karaganov begleitete die Erklärung des russischen Präsidenten entsprechend mit einem Artikel im Malaysia Sun, „**Russia's new Foreign Policy, the Putin Doctrine**“, am 24. Februar 2022 mit dem Hinweis auf eine Methode der 'konstruktiven Zerstörung' einer Ordnung, die der Westen längst selbst zerbrochen habe.

Über dreißig Jahre nach ihrer demokratischen Selbstbestimmung ermächtigt sich Putin selbst, der Ukraine ihre völkerrechtliche Unabhängigkeit abzusprechen. Sie sei „untrennbarer Teil unserer eigenen Geschichte und Kultur“. Lenin habe „Ambitionen nationalistischer Eliten befriedigt“ und „willkürlich Sowjetrepubliken auf ethnischer Basis geschaffen“. Er, Lenin, sei „Schöpfer und Architekt“ der Ukraine. Sie kopiere „mechanisch fremde Modelle“, die sie „von ihrer Geschichte entfremden“. **Der russische Präsident hat einen Weg eingeschlagen, der in eine restitutive Utopie führt – zurück in den imperialen Gestus.** Im zweiten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts beschleunigte der im Spätjahr 2012 wiedergewählte russische Präsident das Tempo der selbstinszenierten Radikalisierung. In seiner Adresse an die Föderalversammlung am 12. Dezember unterstrich er, „die kommenden Jahre werden entscheidend“. Er bezog sich dabei auf die eurasische Idee, wie sie von Lev Gumilev entwickelt worden war, vorangetrieben von ‚Passionarnost‘, der aktivistischen Bereitschaft von Überzeugten, sich als Individuum für das größere Bessere zu opfern – als Metapher für eine national drapierte Tragödie, für die verloren gegangene Größe Russlands. Im Blick zurück entziffert sich bereits hier, was sich im Überfall auf die Krim zwei Jahre später manifestierte. Zehntausende feierten am 19. März 2014 Wladimir Putin auf dem Roten Platz. Russen und Ukrainer seien „ein Volk“, sagte er unter Beifall. Es zeigte sich: Wladimir Putin als selbstberufener Interpret der russischen Geschichte und sein oberster Exekutor. Seither suchte er die staatlich angeeignete Rolle als Präzeptor zu vervollständigen.



gen: An der Spitze ist einer, der den Weg kennt, der die gesamte Macht in sich versammelt, der entscheidet, wer als Freund oder wer als Feind zu gelten habe. Wie aber konnte die Vorstellung von einer humanen Zukunft Russlands in wachsender Zusammenarbeit mit dem europäischen Westen umkippen in eine schier endlos scheinende Schleife sich einander ausschließender Bilder der Entfremdung? **Michail Gorbatschow's Glasnost und Perestroika war erwartungsvoll eingeleitet worden. Das gemeinsame europäische Haus schien greifbar nahe. Warum endete der Weg des Aufbruchs in die Demokratie rasch in der Sackgasse einer neuen Autokratie?**

Boris Jelzin's Jahre waren von Tumulten geprägt. Seine Präsidentschaft war bereits autoritär imprägniert. Früh schon nutzten Akteure aus der Ära der Nomenklatur ihre Wissensvorsprünge, als es darum ging, Anteile aus dem Volksvermögen zu privatisieren. Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur erkannten manche die Chance, beim Systemwechsel vom Ressourcenreichtum des Landes materiell zu profitieren. Die ‚ursprüngliche Akkumulation‘ von Kapital wurde von einem Staat gelenkt, dessen Formen willkürlich schienen und dessen Institutionen auf unsicherem Fundament gegründet waren. In die chaotische Plastizität

tauchten mafiöse Verbindungen ein. Korruption und Gewalt konnten sich ausbreiten und knüpften an bereits eingübte Erfahrungen an. Die wilde Zeit eines ‚peripheren Kapitalismus‘ entstand, wie Grigory Yavlinsky sie in seinem Buch ‚The Putin System. An Opposing View‘ 2019 beschreibt. Schon am Beginn der formativen Phase der Russländischen Föderation setzte sich ein sowjetisches Prinzip erneut fest, als hätte es keine Systemänderung gegeben: „Macht ist Recht.“ Obgleich die russische Gesellschaft, so Yavlinskiys Diagnose, vorbereitet gewesen sei, den Modernisierungspfad einzuschlagen, verhärteten sich die Regierungsinstitutionen auch deshalb, weil die politischen Strömungen unfähig waren, sich auf ein verlässliches Maß von Verfahren zu einigen, wie politische Konflikte selbst im scharfen Meinungskampf ausgetragen werden können. Anfangs der 1990er Jahre verstrich der historische Moment, inhaltliche Mindestbedingungen strömungsübergreifend zu erarbeiten, welche konstruktive Rolle Russland künftig einnehmen könne. Der Aufstieg einer anderen Form des Autoritarismus nahm Anteile des diktatorischen Ancien Régime auf. Im analogen Aufstieg Putins spiegeln sich seine Begabungen, mit Versatzstücken postmoderner Symbole virtuos spielen zu können. Der Einsatz von Gewalt des Putinschen Systems nimmt künstlich drapierte Ästhetik an, um nationale Leidenschaften anzustacheln. Wenn es darum geht, den Einfluss politischer Widersacher zu stoppen, greift er zur Waffe, den Gegenüber, der ihm gefährlich erscheint, zunächst rhetorisch zu vernichten. Die physische Liquidierung überlässt er Exekutoren, die sich der Macht unterwerfen.

In den ersten Jahren unseres Jahrhunderts saugte Putin Schriften von Ivan Ilyin auf. Die Mission Russlands sei es, die Welt zivilisatorisch zu retten – nach Ilyin jedoch nicht gegen den Faschismus, sondern mit ihm, denn die russischen Werte verkörperten das absolute Gute und der Westen sei der Feind, befände sich im

¹ Vladimir Putin, in: Andreas Kappeler, Revisionismus und Drohungen, Osteuropa 7/2021, S. 74.

² Ebenda S. 75.

³ Zitiert nach ZEIT online, S. 3.

⁴ Ebenda, S. 2.

⁵ Ebenda S. 4.

⁶ Ebenda.

⁷ Ebenda.

⁸ Ebenda, S. 5.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Zitiert nach Timothy Snyder, The Road to Unfreedom, Russia, Europe, America. New York 2018, p. 61.

unwiderruflichen Niedergang. Es sei, so Putin im Januar 2012, die „große Russische Mission“ „Zivilisation zu vereinheitlichen und aneinander zu binden. In einer solchen Staats-Zivilisation sind keine nationalen Minderheiten und das Prinzip der Anerkennung, wer ‚Freund oder Feind‘ ist, definiert sich auf der Basis einer gemeinsamen Kultur.“ Schon Dostojewskij hatte in seinen „Dämonen“ die archetypische Kontroverse zwischen den „Westlern“ und den „Slawophilen“ literarisch bearbeitet. Die Grundfigur Putinschen Denkens ist in den innerrussischen Debatten historisch tief verankert. **Das kulturelle Selbstbild schwankt zwischen Gefühlen der imaginierten Unterlegenheit, genährt von der technologischen Modernität des Westens und der imaginierten Überlegenheit, Russland habe den historischen Auftrag, den Westen als Schild zu beschützen.** Im Kampf gegen den tschetschenischen Islamismus hätte Russland es übernommen, „Europa und die ganze Welt vor dem terroristischen Abgrund zu beschützen“. ¹¹ Putin hat diese Denkfigur in einer selbstbeschleunigten Radikalisierung verfestigt.

Auf der Suche nach Strukturelementen einer politischen Ordnung, nachdem die kommunistische zerbrochen war, hat sich in Russland ein ‚neuer Autoritarismus‘ herausgebildet, wie ihn jüngst David G. Lewis kritisch bilanziert hat. ¹² Konzeptionelle Stichwortgeber für Putin haben sich mit Carl Schmitt befasst. Seither sind einige Versatzstücke in eine Reihe präsidentioneller Äußerungen eingeflossen. Der messianische Diskurs, der Russland als Ausnahmeerscheinung stilisiert, wird vom orthodoxen Oberhaupt Kyrill in einen metaphysischen Kampf verwandelt, der nun in der Ukraine ausgetragen werde. Carl Schmitt und Elemente der russischen Orthodoxie gehen eine unheilige Allianz ein. Deshalb werden die großen globalen Konflikte gelesen als die säkularisierte Auseinandersetzung zwischen Christ und Anti-Christ. Die biblische Figur ‚Katechon‘ hält das Böse zurück und bewahrt die Welt vor dem Sturz in ihr Ende.

Konstantin Malofeev, orthodox konservativer Oligarch, Berater des Präsidenten Sergei Glazyev und der Direktor des Russischen Instituts für Strategische Studien Leonid Reshetnikov haben im Rahmen der ‚Katechon-Community‘ die Außenpolitische Doktrin des Kreml 2013 exemplarisch beeinflusst. In ihr kommt der Rus-



sische Exzeptionalismus zur Geltung. Danach gestalte Russland „konsistent und kontinuierlich und reflexiv die einzigartige Rolle, die unser Land über Jahrhunderte übernommen hat, in den internationalen Beziehungen auszubalancieren und eine globale Zivilisation zu entwickeln ... völlig bewusst seiner spezifischen Verantwortung, Sicherheit in der Welt und zugleich auf allen globalen und regionalen Ebenen ... daran (zu) arbeiten, Ereignisse, zu antizipieren sowie ihnen zuvorzukommen und vorbereitet zu sein auf ein jegliches Szenario globaler Vorkommnisse.“



Wer das katechontische Denken in die politische Praxis trägt, der verlässt den kantischen Imperativ und fällt in gewaltbesetzte Obsessionen zurück, wie sie in Thomas Hobbes' Leviathan angesiedelt waren. Die staatliche Bürokratie drängt über seine Grenzen hin zum Totalitären, wie Iring Fetscher treffend analysierte. Hier setzt der Starke gegenüber dem Schwachen sein von ihm willkürlich bestimmtes Recht durch, jede bislang geltende Norm durchbrechend. Er nimmt sich das Recht, das Politische allgemeingültig zu definieren. Er kann an der Unzufriedenheit ansetzen,

¹¹ In: Emma Gilligan, Propaganda and the question of criminal intent: the semantics of the zachistka, Europe-Asia-Studies, 68(6):, 2016, p.1053.

¹² In: David G. Lewis, Russia's New Authoritarianism. Putin and the Politics of Order, Edinburgh, 2020.

die der Neoliberalismus erzeugt hat: wachsende ungleiche Lebensverhältnisse, unerträgliche gesellschaftliche Polarisierung, anhaltend sich verfestigende Armut und das Verkümmern von humanen Zukunftschancen. Neue Formen autokratischer Herrschaft haben die liberale Moderne zu ihrem Feind erklärt. Sie haben begonnen, sich global zu vernetzen, damit sie die liberale Moderne von außen angreifen können, aber auch sie in ihrem Inneren zu schwächen. **Als Erkennungszeichen dienen nationalistische Codewörter: das Identitäre, die Reinheit der Kultur, die Verachtung der parlamentarischen Demokratie, die Entrechtung von Minderheiten, die Ablehnung universaler Werte, die Instrumentalisierung der Gewalt für imperiale Zwecke, die Willkür, Feindbilder mit Anspruch auf allgemeine Gültigkeit zu definieren.**

Stößt dieses Denken in die Realität vor und durchbricht alle zivilisatorisch gegen Rückfälle in die Barbarei aufgerichteten Schranken, dann ist die Zeit gekommen, sich diesem Angriff auf das universal Humane, entgegenzustellen. Der militärisch Stärkere darf nicht die Stärke des Rechts zerbrechen.



Die europäische Zukunft entscheidet sich in ihrem Osten. Diese Erkenntnis ist im Westen zu lange verdrängt worden. 1990 sah es so aus, als hätte der Anspruch auf die universale Geltung der Menschenrechte und die Verankerung der Demokratie, wie in der Charta von Paris mit der Zustimmung aller Unterzeichner kodifiziert, sich säkular behauptet. Dieses Momentum blieb stehen wie ein ornamentales Zeichen, das aus der Ferne zu besichtigen ist und hätte doch ein beständiger Aufruf zu gemeinsamem Handeln sein sollen. Zu viele verloren aus den Augen, dass in der Ukraine ein Ringen um die Substanz der liberalen Demokratie im Gange war und bleibt. Zu wenige achteten darauf, dass hier die Wege sich kreuzten: entweder in die liberale Moderne oder in die Autokratie. Dabei hatten aktive Zivilgesellschaften mit der orangenen Revolution und später auf dem Maidan in Kiew gezeigt, dass die Ukraine ihren unabhängigen Weg in ihre autonome europäische Selbstbestimmung gehen will.

Putin schwang sich dazu auf das völkerrechtlich anerkannte Recht der Ukraine mit dem Einsatz fadenschei-

nig begründeter militärischer Gewalt kriegerisch zu liquidieren. Mit dem ersten Schuss am 24. Februar 2022 hat der russische Präsident seinen eigenen politischen Untergang eingeläutet. Die Ukraine hat er als „Brudervolk“ für immer verloren. Die NATO hat er gestärkt. Die Europäische Union beginnt ernsthaft, mit der Ukraine fester gefügte Beziehungen einzugehen. Der Westen verständigt sich auf schärfer werdende Sanktionen, damit das System Putin ökonomisch niedrigerungen wird. Eine deutliche Mehrheit der Staaten haben in der Generalversammlung der Vereinten Nationen den russischen Angriff auf die Ukraine verurteilt. Hatte Vladimir Putin darauf gezielt, das Vermächtnis Vladimir des Großen, die Kiewer Rus als kultureller Beginn des Panslawismus unter eine großrussische Vorherrschaft zu zwingen, so ist das Vorhaben gescheitert. Der Präsident der Ukraine Volodymyr Selenskyi trägt den gleichen Vornamen. Im Ringen der beiden Präsidenten um die kulturelle Hegemonie hat der Kiewer Volodymyr den Moskauer Vladimir besiegt. Militärisch darf der russische Vladimir nicht gewinnen und der ukrainische Volodymyr nicht verlieren.

In seinem Grußwort des Präsidenten der Sozialistischen Internationale an den Kongress in Berlin am 15. Sep-





tember 1992 betonte Willy Brandt, „den Frieden zu sichern, das war nicht unser einziges, aber doch unser erstes Anliegen. Jenen Frieden zwischen zwei Blöcken, die atomar gerüstet waren und die wir für festgefügt hielten. Jenen Frieden, der unverzichtbar war, um Freiheit möglich zu machen.“ Ohne Mut ist Freiheit nicht zu haben. Um Freiheit für die Ukraine heute möglich zu machen, ist es zunächst nötig, dass Russland die Waffen schweigen lässt. Nach einem wechselseitig verlässlich vereinbarten Waffenstillstand könnten Russen und Ukrainer sich auf einen Verhandlungsprozess verständigen, dessen Ergebnisse von der NATO und der EU garantiert werden müsste.

Die Sozialdemokratie kann die Erkenntnis Willy Brandts aufnehmen, die er in seiner Adresse an die SI dokumentiert hat: „**Auch nach der Epochenwende 1989 und 1990 konnte die Welt nicht nur „gut“ werden. Unsere Zeit allerdings steckt, wie kaum eine andere zuvor, voller Möglichkeiten – zum Guten und**

zum Bösen. Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, daß jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Vladimir Putin zwingt uns, Partei für die Freiheit der Ukraine zu ergreifen. Deshalb: **Die europäische Zukunft entscheidet sich heute in der Ukraine. Hier scheiden sich Demokratie von Diktatur, Freiheit von Willkür, Mut von Angst, damit die Hoffnung siegt.**

Willi-Eichler-Akademie e. V. und Willi-Eichler-Bildungswerk

Wir suchen den Dialog mit allen, die den politischen Diskurs im Sinne unserer Grundwerte führen und politisches Engagement als einen wichtigen Pfeiler unserer demokratischen Ordnung sehen.

Wir bieten Programme und Fortbildungen an, die die Teilhabe an der demokratischen Meinungsbildung ermöglichen. Neben allgemeinen politischen Themen richten wir uns aber auch mit einem Qualifizierungsprogramm an diejenigen, die sich engagieren wollen und hier Unterstützung und Fortbildung suchen.

Wir analysieren aktuelle Trends und nachhaltige Entwicklungen mit dem Schwerpunkt auf dem kommunalpolitischen Ehrenamt. Dies gilt sowohl für die persönliche als auch für die inhaltliche Qualifizierung. Im Rahmen eigener Projekte oder im Auftrag bietet die Willi-Eichler-Akademie eine fundierte Basis und Struktur für eine qualifizierte Auseinandersetzung mit Themen an.

Wir verstehen uns auch als Netzwerk und führen Entwicklungen, Themen und Personen innerhalb der Region zusammen. Dabei suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen Bildungswerken in NRW und Partnern, die an ähnlichen Fragestellungen interessiert sind. Wir bieten unsere Leistungen an und suchen den Austausch von Ideen. Hintergrundgespräche und Networking-Veranstaltungen bieten den Raum für Gespräche und Begegnungen. Wir informieren über aktuelle Trends im Bereich der Public Affairs, der politischen Kommunikation und des politischen Campaigning. Dies geschieht durch Veranstaltungen, Publikationen, unseren Rundbrief und aktuelle Informationsangebote im Online-Bereich.

Impressum

Willi-Eichler-Akademie e.V.
Venloer Wall 15, 50672 Köln
Vorsitzender: Martin Schilling

Layout/Gestaltung und Druck
graphik und druck, Dieter Lippmann, Köln

Bildnachweise:
© H+B Pressebild Pfeifer, © Wikimages from Pixabay